



## Birdlife-Newsletter

Vol. 7, Nr. 7, September 2014,

Das englische Original finden Sie unter: <http://europe.birdlife.org>

### Inhalt

#### Vorwort

#### Neues aus der EU

- Offener Brief der Green 10 an Präsident Juncker
- Warum das EU Parlament Jean Claude Junckers Versuch, die Umweltpolitik in der EU zu untergraben, abblocken sollte
- Europäische Arzneimittelagentur muss bis 30. November über tödliches Arzneimittel entscheiden. Kommt Europa dem Schutz seiner Geier und Adler näher?
- EU Biomasse-Politik: Von Ablehnung zum Handeln
- Pläne zur Entwicklung des ländlichen Raums werden im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik vorbereitet – zum Schutz der Tierwelt der Agrarlandschaft

#### Aus Naturschutzsicht

- Frankreich: LPO wird aktiv und befreit gefangene Ortolane
- Gewalt auf Malta: BirdLife-Aktive von erbosten Jagdfanatikern angegriffen
- Um die Wachteln und die Turteltauben in Serbien zu schützen, ist dringend eine Gesetzesänderung erforderlich
- Irlands neues Programm zur ländlichen Entwicklung ist eine Rettung für Feldvögel

#### Zusammenarbeit mit Unternehmen

- Israels BirdLife Partner und Hanson arbeiten bei der Bekämpfung invasiver Pflanzen zusammen
- BSPB kooperiert mit Energieversorgern, um tödliche Stromleitungen in Bulgarien zu sichern
- Auszeichnung "Good Practice of the Year" bei der Stromnetz-entwicklung

#### Jobs / Veranstaltungen

#### Was gibt ´s sonst noch?

- Videos und Filme

## **Vorwort**

Liebe Leserin, lieber Leser,

### **Ein unsanftes Erwachen**

Junckers neue EU-Kommission steht. Die schlechte Nachricht: Diese Kommission schreckt jeden ab, der sich um unseren Planeten sorgt. Die gute Nachricht: es kann Abhilfe geschaffen werden.

Der Tag, an dem Jean Claude Juncker seine Kommission vorstellte, bescherte der Umweltbewegung ein unsanftes Erwachen.

Viele Sorgen haben uns seitdem schlecht schlafen lassen: die Schwerwiegendsten haben die Grünen 10 in einem offenen Brief an Herrn Juncker und in einer Kurzdarstellung an die Mitglieder des Europaparlaments zusammengefasst. Beide Schriftstücke sind auch in diesem Newsletter zu finden.

Aber das große Ganze ist viel schmerzhafter als die einzelnen Punkte: die Einstellung der neuen Kommission zur politischen und wirtschaftlichen Kultur. Die antiquierten Schlagworte „Wachstum und Liberalisierung“ werden wieder hervorgekramt und jahrzehntelange Forschungen und Debatten über Entwicklung und Nachhaltigkeit - als Gegenspieler zur fixen Idee von Wachstum und BIP - wurden über Nacht einfach fortgewischt. Jahrelange Analysen über die Bedeutung von Institutionen und Regeln, die auf die schwerwiegende Bankenkrise im Jahr 2008 folgte - eine Krise, die durch Liberalisierung hervorgerufen wurde - werden ignoriert und gegen ideologische und abgedroschene Phrasen gegen „Bürokratie“ eingetauscht.

Rückschrittliche Interessensgruppen wie „Business Europa“ haben die neue Kommission und die Mandate als einen Sieg gefeiert. Unter dem Strich kann man jedoch sagen, dass Junckers Kommission jeden abschreckt, der die Natur liebt und dem die Gesundheit des Menschen am Herzen liegt.

Der Weckruf wurde von den Umweltschutzorganisationen in ganz Europa mit Reaktionen zwischen Schock und Wut aufgenommen. Nachdem wir alle Möglichkeiten durchdacht hatten, kamen wir alle zum selben Schluss: diese Kommission muss abgelehnt werden. Die gute Nachricht ist, dass Abhilfe geschaffen werden kann. Wie dies geschehen kann ist in unserer Kurzmitteilung an die Parlamentsmitglieder detailliert beschrieben. Dafür muss Juncker jedoch eingestehen, dass es in seinem Team bei der Glaubwürdigkeit in Sachen Naturschutz erhebliche Mängel gibt.

Für uns, die wir uns aus unterschiedlichsten Gruppierungen - von militanten Umweltschützern über Naturliebhaber, Klimaexperten, bis hin zum Specht-Fan - zusammensetzen, ist dies eine wichtige öffentliche/private Überlegung und ein Ansatzpunkt.

Bei den Überlegungen sollte die erschreckende Tatsache berücksichtigt werden, dass die angekündigte Vernichtung der Umweltpolitik der EU bisher kaum ein Thema in den Medien war. Es stimmt zwar, dass wir gerade erst damit begonnen haben, den „Faux Pas“ von Herrn Juncker anzuprangern, dennoch ist beängstigend, wie gering das mediale Interesse an unseren Aktivitäten ist. „Können Sie Umweltjournalisten anrufen und ihnen sagen, dass es wirklich wichtig ist?“ „Hm“, antwortet mein portugiesischer Kollege, „das ist schwierig, da die meisten während der Wirtschaftskrise gefeuert wurden“. Der Reporter für Politik, Wirtschaft oder Sport hat seinen Job aber noch.

Einer der Gründe, warum Junckers Kommission dem Thema Umwelt und Gesundheit so wenig Bedeutung beimisst, ist, dass während der Wirtschaftskrise andere Themen eine Rolle in der Öffentlichkeit spielten. Jobs versus Natur und Rechte ist der inakzeptable Zielkonflikt, der nun aufgrund veralteter Politik wieder in der Öffentlichkeit auftaucht. Darüber müssen wir intensiv nachdenken.

Der Ansatzpunkt ist einfach: Geh raus und erzähl es allen. Erzähl jedem, dass Europa nicht zurückgehen kann. Dass die Zeiten von Kohle und Eisen vorüber sind. Erzähl es deinen Freunden, Journalisten, dem

Politiker vor Ort, den Menschen auf der Straße. Erzähl ihnen, dass Europa gute Gesetze hat, um die Natur und unsere Gesundheit zu schützen. Dass die Gesetze aber einen Haken haben: sie werden nicht ausreichend umgesetzt. Erzähl ihnen, dass diese Kommission diese Regeln „modernisieren“ will und dass wir alle das verhindern müssen.

Denn es reicht einfach nicht, im Recht zu sein und gegen den Mächtigen zu kämpfen.

Luca Bonaccorsi

## Neues aus der EU

### Offener Brief der Green 10 an Präsident Juncker



Sehr geehrter Herr Juncker,

Ich schreibe Ihnen als Vorsitzender der Green 10, der führenden Umweltverbände auf EU-Ebene, die von mehr als 20 Millionen EU-Bürgern und Aktiven in allen 28 Mitgliedsstaaten unterstützt werden. Wir möchten mit diesem Brief *unsere ernsthaften Bedenken darüber zum Ausdruck bringen, welche Richtung die EU mit der Bekanntgabe Ihres neuen Teams einzuschlagen scheint.*

Die Struktur der neuen Europäischen Kommission, die schriftlichen Aufträge sowie die Auswahl der Kommissarinnen und Kommissare bedeuten eine *ernsthafte Herabstufung des Umweltschutzes* sowie eine Rücknahme der

bisherigen Bekenntnisse der EU zu nachhaltiger Entwicklung, Ressourceneffizienz, Luftreinhaltung, dem Erhalt der biologischen Vielfalt und dem Klimaschutz.

Dies wäre ein *Verrat an den Interessen der EU-Bürgerinnen und Bürger*, denen in überwältigender Mehrheit der Umweltschutz ein wichtiges Anliegen ist. Die Eurobarometer-Umfrage 416 vom 8. September 2014 zeigt, dass trotz der Wirtschaftskrise 95 Prozent der 28.000 Befragten angaben, der Schutz der Umwelt sei ihnen persönlich wichtig und in diesem Bereich müsse mehr unternommen werden. Es belegt, dass eine stabile Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger die EU-Umweltgesetzgebung unterstützt und eine energischere Durchsetzung wünscht. Eine Forderung der Öffentlichkeit nach umweltrechtlicher Deregulierung lässt sich daraus keinesfalls ableiten. Auch würde Europas Ruf als Umwelt-Pionier zerstört, der die globalen ökologischen Herausforderungen anpackt – hin zu einer zukunftsfähigen, grünen Ökonomie.

Im Besonderen sind wir betroffen über:

- Die Verlagerung von einem verantwortlichen Kommissar für den Umweltschutz hin zu einer geteilten Zuständigkeit für andere anspruchsvolle Themen bedeutet eine eindeutige Herabstufung von Umweltthemen in der Rangfolge der politischen Prioritäten. Die Schwächung des Umweltressorts wird zusätzlich dadurch unterstrichen, dass *in den Zuständigkeiten der Vizepräsidenten und Vizepräsidentinnen jeglicher Bezug auf das Thema fehlt.*
- Das Mandat für Umwelt, maritime Angelegenheiten und Fischerei scheint ausschließlich auf *Deregulierung* fokussiert zu sein und fordert zudem explizit dazu auf, zwei besonders relevante, von der noch amtierenden Kommission ausgehende, Vorhaben anzuhalten und zu überprüfen. Dabei wird eine Überarbeitung aller wichtigen derzeitigen Initiativen gefordert. Es erwähnt weder die Notwendigkeit, irgendeines der bereits

formulierten EU-Ziele zu erreichen, geschweige denn, neue Initiativen anzustoßen.

- Die Einbindung von Deregulierungsvollmachten zur Änderung der beiden zentralen und in der Praxis bewährten Naturschutzrichtlinien der EU sowie die Vorwegnahme der Fitness-Check-Resultate deuten auf *eine hochrangige Entscheidung hin, die zur Schwächung der Biodiversität führt*. Ausgesprochen besorgniserregend ist, dass das Umweltressort in die Verantwortung eines Kommissars gegeben wird, dessen Regierung im Zielfeuer scharfer internationaler Kritik steht, da sie es versäumt, die EU-Gesetzgebung zum Vogelschutz umzusetzen. MdEPs haben Malta wiederholt wegen der massenhaften Tötung von Zugvögeln kritisiert, die gegen geltendes EU-Recht verstößt. Nun ist ein Mitglied der Regierung von Malta, die wegen Gesetzesbruchs verurteilt wurde, damit beauftragt, eben dieses Gesetz zu überarbeiten.

Die Zusammenführung der Bereiche Klima und Energie und die Unterstellung des zuständigen Kommissars unter eine Vizekommissarin für die Energieunion lässt den Schluss zu, dass *der Klimaschutz den Belangen des Energiemarktes untergeordnet wird*.

Die Wahl eines *Kommissars für Klima und Energie, der bekannterweise Verbindungen zu Unternehmen aus der Branche der fossilen Energieträger hat*, legt einen Interessenskonflikt nahe.

- Die Verschiebung der Europäischen Chemikalienagentur ECHA (zuständig für die Regulierung schädlicher Chemikalien) von den Generaldirektionen Umwelt sowie Gesundheit und Verbraucherschutz zur Generaldirektion Unternehmen und Industrie zeigt klar, dass hier *wirtschaftlichen Interessen der Vorrang vor menschlicher Gesundheit und der Umwelt* eingeräumt wird. Das wiederum untergräbt die Ziele der REACH-Verordnung.

- Ökologische Nachhaltigkeit, Ressourceneffizienz und die "Green Economy" sind überhaupt nicht auf der Ebene der Vizepräsidenten und Vizepräsidentinnen angesiedelt. Dies *weist auf eine Kommission hin, die in ihrer Arbeit einem veralteten Wachstumsparadigma folgen wird*: einem Paradigma, das die Industrien und Arbeitsplätze der Vergangenheit denen der Zukunft vorzieht und das von den Grenzen und Beschränkungen der wirklichen Welt meilenweit entfernt ist.

- Sie haben deutlich gemacht, dass nur Vizepräsidenten und Vizepräsidentinnen dazu befugt sein werden, Gesetzesentwürfe einzubringen, und dass nur solche Gesetzesentwürfe angenommen werden, die mit Ihren Prioritäten übereinstimmen. Da die Umwelt jedoch in der Prioritätenliste unerwähnt bleibt und kein Vizepräsident und keine Vizepräsidentin sich für ihre Belange einzusetzen befugt ist, kommt dies einem *völligen Erliegen der gesetzgeberischen Aktivitäten der EU im Bereich der Umweltpolitik* gleich.

Wir glauben, dass die hier erwähnten Befürchtungen angesprochen werden müssen, damit das Europaparlament dieser Kommission zustimmt und - wichtiger noch - damit diese Kommission die Bedürfnisse und Erwartungen der EU-Bürger jetzt und in Zukunft erfüllen kann.

Mit freundlichen Grüßen



Angelo Caserta,  
Regional Director BirdLife Europa

*Im Namen der Vorsitzenden der Green 10*

Wendel Trio, Director – Climate Action Network (CAN) Europe

Anelia Stefanova, Director – CEE Bankwatch Network

Jeremy Wates, Secretary-General – European Environmental Bureau

Magda Stoczkiewicz, Director – Friends of the Earth Europe

Mahi Sideridou, Managing Director – Greenpeace European Unit

Genon K. Jensen, Executive Director – Health & Environment Alliance

Christian Baumgartner, Director, Naturefriends International

Jos Dings, Director – The European Federation for Transport and Environment (T&E)

Tony Long, Director – WWF European Policy Office

### **Warum das EU Parlament Jean Claude Junckers Versuch, die Umweltpolitik in der EU zu untergraben, abblocken sollte**

12. September 2014

Die Green 10 befürchten, dass die Struktur der neuen Europäischen Kommission, die schriftlichen Aufträge sowie die Auswahl der Kommissarinnen und Kommissare, wie sie am 10. September präsentiert wurde, eine ernsthafte Herabstufung des Umweltschutzes sowie eine Rücknahme der bisherigen Bekenntnisse der EU zu nachhaltiger Entwicklung, Ressourceneffizienz, Luftreinhaltung, dem Erhalt der biologischen Vielfalt und dem Klimaschutz bedeutet.

Dies wäre ein Verrat an den Interessen der EU-Bürgerinnen und Bürger, denen in überwältigender Mehrheit der Umweltschutz ein wichtiges Anliegen ist. Die Eurobarometer-Umfrage 416 vom 8. September 2014 zeigt, dass trotz der Wirtschaftskrise 95 Prozent der 28.000 Befragten angaben, der Schutz der Umwelt sei ihnen persönlich wichtig und in diesem Bereich müsse mehr unternommen werden. Es belegt, dass eine stabile Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger die EU-Umwelt-

gesetzgebung unterstützt und eine energischere Durchsetzung wünscht. Eine Forderung der Öffentlichkeit nach umweltrechtlicher Deregulierung lässt sich daraus keinesfalls ableiten.

Eine Herabstufung der Umwelt- und Naturschutzstandards der EU würde einer faktischen Annullierung des 7. Umweltaktionsprogramms (7. UAP) gleichkommen, obwohl dieser rechtlich verbindliche Beschluss von der EU-Kommission, den Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament erst im letzten Jahr verhandelt und vereinbart worden ist. Der gewählte Präsident Juncker scheint diese rechtlich verbindlichen Prioritäten zu ignorieren.

#### Was kann das Europäische Parlament unternehmen?

Das Europäische Parlament muss entschieden reagieren, denn diese Politik droht ohne demokratische Debatte 30 Jahre EU-Umweltpolitik ungeschehen zu machen. Die Mindestforderungen des Parlamentes müssen folgende Punkte abdecken:

1. *Ernennung einer Vizepräsidentin oder eines Vizepräsidenten für Nachhaltigkeit*, der bzw. die die Ressorts Umwelt, Fischerei, Landwirtschaft und Regionalpolitik koordiniert. Dies würde der Umwelt- und Ressourcenpolitik die angemessene Bedeutung geben. Zudem muss der Vizepräsident für Beschäftigung, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit Umweltbelange ausdrücklich in seine politische Planung integrieren.

2. *Aufwertung der Vizepräsidentin für die Energieunion zur Vizepräsidentin für Klimaschutz und Energieunion* - und eine entsprechende Anpassung ihres Auftrags. Dies würde bedeuten, dass die Vertreterin der EU-Kommission in den internationalen Klimaverhandlungen einen klaren Auftrag hätte, die Klimakrise anzugehen. Desweiteren sollte eine aktive Klimapolitik ein Grundpfeiler für die Arbeit aller acht Mitglieder des "Projektteams für eine robuste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzpolitik" werden.

3. *Garantie eines starken Umweltressorts, durch die Wiederherstellung seiner Kompetenzen und die Vergabe eines neuen Auftrags an den Kommissar, die Arbeit des Europäischen Parlaments zu respektieren und das 7. Umweltaktionsprogramm umzusetzen. Das Parlament muss weiterhin verlangen, dass der Auftrag an den Umweltkommissar, die Naturschutzrichtlinien zu schwächen, ersetzt wird durch eine Anweisung, die Naturschutzgesetzgebung konsequent umzusetzen und auf das 2020-Ziel der EU zur biologischen Vielfalt hinzuarbeiten. Er sollte auch vorrangig bestrebt sein, die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger zu schützen, indem die relevanten Gesetze in den Bereichen Luftreinhaltung und Chemikalien gestärkt statt geschwächt werden und indem die Verantwortlichkeit für Biozide und Pestizide der GD Umwelt zurückübertragen wird.*

4. *Klärung möglicher Interessenskonflikte bei den Kandidatinnen und Kandidaten, besonders im Bereich Klima und Energie.*

Wesentliche Kritikpunkte zur neuen Zusammensetzung der Kommission, wie sie am 10. September 2014 präsentiert wurde:

*I. Zum ersten Mal seit 25 Jahren wird es keinen vollwertigen Umweltkommissar/keine vollwertige Umweltkommissarin geben.*

Die Verlagerung von einem verantwortlichen Kommissar für den Umweltschutz hin zu einer geteilten Zuständigkeit für andere anspruchsvolle Themen bedeutet eine eindeutige Herabstufung von Umweltthemen in der Rangfolge der politischen Prioritäten. Die Schwächung des Umweltressorts wird zusätzlich dadurch unterstrichen, dass in den Zuständigkeiten der Vizepräsidenten und Vizepräsidentinnen jeglicher Bezug auf das Thema fehlt. Obwohl der Umweltschutz nun in den Zuständigkeitsbereich des Vizepräsidenten für Beschäftigung, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit fällt, fehlt in dessen Auftrag jedoch eine entsprechende Erwähnung. Ein weiterer Punkt ist die Neuzuteilung der Verantwortung für die Beziehungen mit der

Europäischen Chemikalienagentur von GD Umwelt an die GD Unternehmen und Industrie. Angesichts der Aufgabe der Agentur, Europas Bürgerinnen und Bürger vor schädlichen Chemikalien zu schützen, ist dies eine klare Bevorzugung von Wirtschaftsinteressen vor dem Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt und verstößt damit eklatant gegen die REACH-Verordnung.

*II. Nachhaltigkeit scheint aus den Prioritäten der EU verschwunden zu sein.*

Ökologische Nachhaltigkeit, Ressourceneffizienz und die "Green Economy" sind überhaupt nicht auf der Ebene der Vizepräsidenten und Vizepräsidentinnen angesiedelt; die einzige Ausnahme ist ein verhaltener Hinweis auf ‚grünes Wachstum‘ im Auftrag der Kommissarin für die Energieunion. Dies weist auf eine Kommission hin, die in ihrer Arbeit einem veralteten Wachstumsparadigma folgen wird: einem Paradigma, das die Industrien und Arbeitsplätze der Vergangenheit denen der Zukunft vorzieht, das von den Grenzen und Beschränkungen der wirklichen Welt meilenweit entfernt ist und zudem oft mit enormen Kosten für Umwelt und Gesundheit einhergeht. Aber die Folgen reichen um vieles weiter: der gewählte Präsident Jean-Claude Juncker hat deutlich gemacht, dass nur Vizepräsidenten und Vizepräsidentinnen dazu befugt sein werden, Gesetzesentwürfe einzubringen, und dass nur solche Gesetzesentwürfe angenommen werden, die mit seinen Prioritäten übereinstimmen<sup>1</sup>. Da die Umwelt jedoch in der Prioritätenliste unerwähnt bleibt und kein Vizepräsident und keine Vizepräsidentin sich für ihre Belange einzusetzen befugt ist, kommt dies einem völligen Erliegen der gesetzgeberischen Aktivitäten der EU im Bereich der Umweltpolitik gleich.

-----  
<sup>1</sup> „Grundsätzlich werde ich keine neue Initiative ins Arbeitsprogramm der Kommission aufnehmen oder es auf die Tagesordnung des Kollegiums setzen, solange es nicht von einem Vizepräsident oder einer Vizepräsidentin vorgebracht wird, auf der Grundlage stichhaltiger Argumente und einer klaren Herleitung, die mit den vordringlichen Projekten der

*Politischen Richtlinien übereinstimmt.*” Aus Junckers Auftrag an seine Kommission.

### **III. Der Auftrag an den Kommissar für Umwelt, maritime Angelegenheiten und Fischerei ist ausschließlich auf Deregulierung ausgerichtet.**

Der designierte Kommissar Vella ist beauftragt, die Vogelschutz- und Fauna-Flora-Habitat (FFH)-Richtlinie zu überprüfen und eine Zusammenführung und ‚Modernisierung‘ derselben in Erwägung zu ziehen. Dies sind wohlbekannte Codewörter, die von denjenigen benutzt werden, die die Standards des Naturschutzes in der EU senken wollen. Dies ist umso skandalöser, da die EU noch weit von ihrem Ziel zum Stopp des weiteren Verlustes von biologischer Vielfalt entfernt ist und davon, ihren internationalen Verpflichtungen unter der UN-Konvention über die Biologische Vielfalt nachzukommen. Formal greift dies auch dem laufenden "Fitness Check" vor, in dem die Kommission gegenwärtig eine weitreichende Prüfung der Wirksamkeit der Vogelschutz- und FFH-Richtlinien durchführt. Ausgesprochen besorgniserregend ist, dass das Umweltressort in die Verantwortung eines Kommissars gegeben wird, dessen Regierung im Zielfeuer scharfer internationaler Kritik steht, da sie es versäumt, die EU-Gesetzgebung zum Vogelschutz umzusetzen. MdEPs haben Malta wiederholt wegen der massenhaften Tötung von Zugvögeln kritisiert, die gegen geltendes EU-Recht verstößt. Nun ist ein Mitglied der Regierung von Malta, die wegen Gesetzesbruchs verurteilt wurde, damit beauftragt, eben dieses Gesetz zu überarbeiten.

Das Mandat fordert Kommissar Vella zudem explizit dazu auf, zwei besonders relevante, von der noch amtierenden Kommission ausgehende, Vorhaben anzuhalten und zu überprüfen: Das Gesetzespaket zur Luftreinhaltung und das zur Kreislaufwirtschaft.

Auch wenn wir es sehr begrüßen, dass Kommissar Vellas schriftlicher Auftrag, die nachhaltige Umsetzung der Gemeinsamen Fischereipolitik erwähnt, sind wir schockiert angesichts des Fehlens

jeglicher Bezugnahme auf die Umweltziele der EU, wie sie im 7. Umweltaktionsprogramm dargelegt sind, einschließlich des 2020-Ziels der EU zur biologischen Vielfalt. Stattdessen konzentriert es sich auf Vereinfachung und den Abbau von Hemmnissen für die Wirtschaft. Es erwähnt weder die Notwendigkeit, irgendeines der bereits formulierten EU-Ziele zu erreichen, geschweige denn, neue Initiativen anzustoßen. Dies ist ein Auftrag zur Untätigkeit und zur Aushöhlung der gegenwärtigen Standards im Umweltschutz.

### **IV. Spiel mit der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger**

Die Gefährdung der Gesundheit durch Umweltverschmutzung und -schädigung ist eine Hauptsorge der Europäerinnen und Europäer. Umwelt und Gesundheit ist eine der drei Prioritäten des 7. Umweltaktionsprogramms. Jean-Claude Junckers Prioritäten und seine strukturelle Neuausrichtung setzen die Gesundheit von Bürgerinnen und Bürgern aufs Spiel: die Verschiebung mehrerer Zuständigkeiten für die Regulierung schädlicher Chemikalien von den GDs Umwelt sowie Gesundheit und Verbraucherschutz zur GD Unternehmen und Industrie zeigt klar, dass hier wirtschaftlichen Interessen der Vorrang vor menschlicher Gesundheit eingeräumt wird. Die Ankündigung, das Paket zur Luftreinhaltung überprüfen zu wollen, zeigt, dass Jean-Claude Juncker willens ist, den Bürgerinnen und Bürgern Europas weiterhin die horrenden Kosten von 900 Milliarden Euro jährlich aufzubürden, die durch Luftverschmutzung verursacht werden.

### **V. Die Zusammenführung der Bereiche Klima und Energie und die Unterstellung des zuständigen Kommissars unter eine Vizekommissarin für die Energieunion ist ein Hinweis darauf, dass der Klimaschutz den Belangen des Energiemarkts untergeordnet wird.**

Die Zusammenführung der Bereiche Klima- und Energiepolitik unter einem Kommissar und das Fehlen des Themas Klima im Auftrag der Vizepräsidentin für die Energieunion (sowie dieser Titel an sich) weist darauf hin, dass die Klimapolitik

zu einem Randthema innerhalb einer noch näher zu definierenden Energiepolitik werden wird. Zu einer Zeit, da die Naturwissenschaft auf breiter Front den Konsens vertritt, dass der Klimawandel eine der größten Bedrohungen der Menschheit ist und weitreichende Folgen für Wirtschaft, Sicherheit, Einwanderung usw. haben wird, ist dies schlicht untragbar.

**VI. Die Wahl eines Kommissars für Klima und Energie, der bekannterweise Verbindungen zu Unternehmen aus der Branche der fossilen Energieträger hat, legt einen Interessenskonflikt nahe.**

Laut seiner Erklärung im Rahmen der Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 besitzt Kommissar Cañete Anteile an Unternehmen der Ölindustrie. Dies ist ein klarer Interessenskonflikt. Die zivilgesellschaftlichen Akteure haben die Rolle, die er in der Umwelt-, Landwirtschafts-, Fischerei- und Klimapolitik Spaniens gespielt hat, durchweg als rückschrittlich kritisiert.

**Europäische Arzneimittelagentur muss bis 30. November über tödliches Arzneimittel entscheiden. Kommt Europa dem Schutz seiner Geier und Adler näher?**



Nach Monaten des Ringens hat die Europäische Kommission der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA) den Auftrag erteilt, die durch den Einsatz von Diclofenac verursachten Risiken für Geierpopulationen zu beurteilen. Dies stellt einen entscheidenden Durchbruch dar und öffnet die Tür zu einem europaweiten Verbot des tödlichen Arzneimittels, das ganze Geierpopulationen in Asien ausgelöscht hat. BirdLife International und die Vulture Conservation Foundation (VCF) appellieren

an alle beteiligten Parteien, wissenschaftliche Beweise bei der EMA bis zum 10. Oktober 2014 einzureichen.

Diclofenac ist ein entzündungshemmendes Tierarzneimittel, das Geier und Adler tötet – in Indien verursachte es einen Rückgang zahlreicher Geierarten um 99 Prozent - bevor es schließlich in vier Ländern der Region verboten wurde. Umso unglaublicher ist es, dass das Arzneimittel Diclofenac nun für Nutztiere in Europa zugelassen wurde – in Estland, Italien und Spanien für Rinder, Schweine und Pferde und in der Tschechischen Republik und Lettland nur für Pferde. Die Arznei wurde von einer italienischen Firma namens FATRO vermarktet und war unter Ausnutzung von Rechtslücken in den EU-Richtlinien zugelassen worden, angeblich um die Risiken von nicht steroidalen, entzündungshemmenden Arzneien zu beurteilen.

Die Europäische Arzneimittelagentur hat nun eine öffentliche Anhörung zum Thema auf den Weg gebracht. Diese richtet sich an alle Berufsverbände mit Informationen über die Nahrungssuche der Vögel, tierärztliche Praktiken und die Entsorgung tierischer Abfallprodukte. Mit dieser Entscheidung erkennt die Europäische Kommission die Fakten an, die von BirdLife International und der Vulture Conservation Foundation vorgebracht wurden. Beide leiten eine internationale Kampagne, um Diclofenac in Tierarzneimitteln in Europa zu verbieten.

José Tavares, Geschäftsführer von VCF erklärt: „Es ist unmöglich, diese Arznei in die Umwelt zu bringen und es ist für die EU an der Zeit, die Zustände in Ländern wie Italien und Spanien einzugestehen. Selbst wenn es ein strenges System zur Verschreibung von Tierarzneimitteln gäbe – und das ist nicht der Fall – dann wäre es immer noch für den verschreibenden Veterinär unmöglich, die Beseitigung all der toten Tiere zu überwachen. Wenn in Spanien Schweine, Lämmer und Ziegen auf offenem Feld sterben, dann sind die Geier oft schon dort, noch bevor die Bauern den Tod ihrer Tiere bemerken.“

Iván Ramírez, Leiter der Abteilung Umweltschutz für Europa und Zentralasien bei BirdLife International



sagt: „Wir begrüßen die Entscheidung und danken unseren BirdLife-Partnern und Unterstützern. Unsere Geier-Experten arbeiten an unserer Antwort an EMA, aber es ist entscheidend, dass wir jede einzelne Chance nutzen, um das sofortige Verbot dieses Produktes zu fordern. Es gibt sichere Alternativen und wir haben bereits gesehen, wie gefährlich Diclofenac in der Tiermedizin für Geier ist. Wir werden nicht aufhören, bevor ein europäisches Verbot umgesetzt ist.“

### **EU Biomasse-Politik: Von Ablehnung zum Handeln**

Als in den letzten Julitagen die Straßen und Gänge in Brüssel leerer wurden und schon das Gepäck für die Ferien gepackt wurde, fand die Europäische Kommission endlich den Mut, ihre neue Einschätzung zur Nachhaltigkeit der Bioenergie in der EU zu veröffentlichen. Aufgrund des Veröffentlichungszeitpunkts war es keine Überraschung, dass der Bericht über den [„Stand der Nachhaltigkeit von fester und gasförmiger Biomasse“](#) keine große Aufmerksamkeit auf sich zog. Dennoch gibt er gute Hinweise darauf, welche Richtung die Bioenergie-Branche einschlagen sollte.

Kurz gesagt: Im Bericht wird erkannt, dass Risiken für die Nachhaltigkeit in Bezug auf die wachsende Nutzung von Bioenergie in der EU bestehen. Trotzdem wird versäumt, Lösungen aufzuzeigen, durch die diese Risiken verhindert werden können. BirdLife Europe, andere NGOs und Wissenschaftler hatten ernsthafte Bedenken geäußert, dass der Druck auf Ackerland zunimmt, dass es nicht gelingt, Treibhausgase effektiv einzusparen und dass sich die Wälder verschlechtern. Diese Bedenken wurden letztendlich alle von der Kommission bestätigt. Trotzdem werden die Probleme heruntergespielt und es wird noch immer nicht gehandelt.

Im Bericht wird zugegeben, dass Bioenergie aus Baumstämpfen und von Bäumen, die nur für die Energiegewinnung gefällt werden, kaum Treibhausgaseinsparungen (eventuell sogar Emissionen) bewirken, wenn die Veränderungen im Kohlenstoffvorrat der Wälder und Böden mit

eingerechnet werden. Bei den meisten Bilanzierungsmethoden für Treibhausgase werden diese Emissionen nach wie vor unterschlagen. Trotz dieser fehlerhaften Bilanzierungsmethoden, die von der Kommission heute verwendet werden, erreichen Biogas aus Mais und die meisten Holzpellets, die von außerhalb der EU importiert werden, die empfohlenen 70 Prozent Treibhausgaseinsparungen nicht.

Untätigkeit wird dadurch gerechtfertigt, dass immer noch davon ausgegangen wird, dass Bioenergie in den meisten Fällen Treibhausgaseinsparungen ermöglicht. Aber es werden keine Berechnungen, Zahlen oder Beispiele aufgeführt, die diese Annahme belegen. Eine [jüngste Studie](#) von BirdLife Europe, dem European Environmental Bureau und Transport & Environment weist darauf hin, dass die biogenen Emissionen der Holz-Bioenergie, die derzeit unberücksichtigt bleiben, so groß sein könnten wie die geforderten jährlichen Treibhausgaseinsparungen der EU (etwa 100 Mt CO<sub>2</sub> eq/Jahr): eine Menge, die alles andere als unbedeutend ist.

Was andere Aspekte der Nachhaltigkeit betrifft, scheint die Kommission zuversichtlich zu sein, dass die bestehende Gesetzgebung und EU-Maßnahmen wie die EU-Waldstrategie, die gemeinsame Agrarpolitik (GAP) und die Mittel für die Entwicklung des ländlichen Raumes, ausreichend sind. Wenn aber zum Beispiel BirdLife und seine Partner Bedenken zu nicht nachhaltigen Bioenergie-Projekten in den nationalen ländlichen Entwicklungsplänen vorbrachten, dann fiel die Antwort nicht gerade ermutigend aus und es wurde offen gelassen, wie die Kommission reagieren wird. Dass es derzeit keine EU-Gesetzgebung für die Nachhaltigkeit von Bioenergie gibt, macht die Arbeit nicht gerade einfacher.

Auch wenn der Bericht der Kommission ankündigt, dass keine neuen rechtlichen Maßnahmen ergriffen werden, die die Klima- und Energieziele für 2020 beeinflussen könnten, so werden doch die Probleme, die die Nachhaltigkeit der Bioenergie betreffen, offengelegt. Die neuen Klima- und Energiestrategien 2030 werden berücksichtigen müssen, wie nachhaltig Bioenergie wirklich ist.

Wie es die Kommission ausdrückt: „Für die Zeit nach 2020 wird eine verbesserte Biomassestrategie entwickelt werden, um die Effizienz der Biomasse in den Bereichen Klima und Ressourcen zu erhöhen. Gleichzeitig werden zugleich stabile und nachweisbare Einsparungen an Treibhausgasemissionen erreicht und die Risiken unbeabsichtigter Umwelteinflüsse minimiert werden.“ Es ist die Aufgabe der zukünftigen Kommissare, sicherzustellen, dass die neue verbesserte Biomassepolitik dieses Versprechen hält.

Trotzdem kann kein Zweifel bestehen, dass der Ansatz der EU bei der Bioenergie überprüft werden muss. Hier sieht die Realität anders aus. Bioenergie-Firmen und Investoren würden einen ernsthaften Fehler begehen, wenn sie dies ignorierten. Nicht nachhaltige Bioenergie-Pläne, die heute schnelles Geld versprechen, werden bald zu Sackgassen. Der bedauerliche Zustand der EU-Biosprit-Industrie sollte als abschreckendes Beispiel dienen.

Für weitere Informationen kontaktieren Sie bitte [Sini Erajaa](#), Bioenergy Officer bei BirdLife Europa.

### **Pläne zur Entwicklung des ländlichen Raums werden im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik vorbereitet – zum Schutz der Tierwelt der Agrarlandschaft**

Am 15. September 2014 trafen sich in Brüssel verschiedenste Interessensgruppen, um über die Pläne zur Entwicklung des ländlichen Raums (EPLR) für den Zeitraum 2014-2020 zu diskutieren und um zu besprechen, welche Möglichkeiten zur Förderung der Umweltziele bestehen. Die Konferenz, organisiert von [Fundatia ADEPT](#), [BirdLife Europe](#), [CEEweb](#) und dem Europäischen Umweltbüro (EEB), fand zu einem Zeitpunkt statt, an dem die Verhandlungen zwischen der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten in vollem Gange waren.

Die Pläne zur Entwicklung des ländlichen Raums werden im Rahmen der [Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik \(GAP\)](#) vorbereitet. Ein Hauptziel der

Entwicklungspläne ist es, die Landwirtschaft und den Umweltschutz besser miteinander zu verbinden. Ob dies gelingt, hängt davon ab, wie effektiv sie gestaltet werden.

Die neue GAP, die im letzten Dezember für einen Zeitraum von 7 Jahren verabschiedet wurde, weist trotz aller Zusicherungen keine Fortschritte beim Umweltschutz auf. Vielmehr ist die GAP einer der [wesentlichen Motoren des Biodiversitätsverlustes](#) in der EU. Die Entwicklungspläne für den Ländlichen Raum sind das Hauptwerkzeug für den Umweltschutz im Rahmen der GAP. Auch sie werden für einen Zeitraum von 7 Jahren entwickelt. Diese Pläne sind die letzte Chance für die Rettung der Biodiversität des Ackerlands: eine effektive Gestaltung ist deshalb unerlässlich.

Werden die richtigen Entscheidungen getroffen, könnten signifikante Erfolge für Biodiversität, Boden, Wasser und Klima erzielt werden. Es ist entscheidend, dass die EPLRs ausreichend finanzierte und gut gestaltete Managementmaßnahmen für prioritäre Arten und Habitate beinhalten und dass Natura 2000 und ökologisch wertvollen Gebieten (High Nature Value [HNV] Areas) Vorrang eingeräumt wird.

## **Aus Naturschutzsicht**

### **Frankreich: LPO wird aktiv und befreit gefangene Ortolane**



Foto: Sergey Pisarevskiy; flickr.com

Unter Verletzung von europäischen und nationalen Gesetzen werden jedes Jahr in Frankreich tausende Ortolane von Wilderern gefangen, verstümmelt und getötet. Am Donnerstag, den 4. September, gingen Mitglieder der Ligue pour la Protection des Oiseaux (LPO, BirdLife in Frankreich) in die Offensive. Sie befreiten gefangene Vögel und zeigten Wilderer bei den französischen Behörden an.

Der Ortolan ist ein Zugvogel, er gehört zu den Sperlingsvögeln, darf nicht bejagt werden und ist durch [EU-Recht](#) geschützt. Trotzdem gilt er bei französischen Gourmets als Delikatesse. Während ihres Aufenthalts in Frankreich, das auf ihrer Zugroute liegt, werden die kleinen Vögel von Wilderern am Ende des Sommers in Landes, im Süd-Westen Frankreichs, gejagt.

Befürworter dieser Tradition betrachten diese Praxis als Ausdruck einer lokalen Kultur mit unbedeutenden Konsequenzen. Was sie sicher nicht wissen ist, dass es um den Erhaltungszustand des Ortolans in Europa sehr schlecht bestellt ist. In den vergangenen 30 Jahren ist seine europäische Population um 84 Prozent zurückgegangen, so dass er der europäische Sperlingsvogel ist, der den stärksten Rückgang in den vergangenen Jahren verzeichnet.

In Frankreich ist die Art besonders bedroht: Ihre Population – derzeit weniger als 15.000 Paare – hat in den vergangenen 11 Jahren um 42 Prozent abgenommen. Als wesentlicher Grund wird die Wilderei vermutet, die einst für das Verschwinden

von 50.000 Individuen jährlich verantwortlich war; diese Zahl entspricht der zehnfachen Populationsgröße der Art in Deutschland, Belgien oder den Niederlanden.

Der Ortolan ist seit 1999 in Frankreich durch das [Umweltgesetzbuch](#) geschützt. Dieses legt fest, dass Tötung, Transport, Nutzung, Verkauf oder Erwerb streng verboten sind; Zuwiderhandlungen gegen dieses Gesetz werden mit 15.000 Euro bestraft. Dennoch werden weiterhin zwischen 10.000 und 30.000 Ortolane gefangen und somit die Bemühungen der EU, die Art zu erhalten und deren Rückgang zu stoppen, zunichte gemacht.

Um Aufmerksamkeit für die Situation zu gewinnen und um die französischen Behörden zu drängen, entschiedene Maßnahmen zu ergreifen, startete die LPO eine Aktion am Donnerstag, den 4. September. Um 7:00 Uhr befreiten Naturschützer eingesperrte Ortolane. Diese dienten als Lockvögel, um wilde Ortolane anzulocken. Die Vögel, die verstümmelt waren, wurden anschließend den französischen Behörden übergeben.

Letztes Jahr alarmierte die LPO die Europäische Kommission aufgrund der Situation in Frankreich. Die Kommission reagierte, indem sie eine formelle Abmahnung an die französische Regierung schickte, in der sie verlangte, unverzüglich den Verpflichtungen nach Artikel 5 der Vogelschutzrichtlinie (2009/147/CE) nachzukommen. Um sicherzugehen, dass der Fall nicht in Vergessenheit gerät, beabsichtigt die LPO die Europäische Kommission über die Standorte sämtlicher Wilderei-Einrichtungen während der Wilderei-Saison zu informieren, so dass gegen Frankreich Sanktionen erlassen werden können, für den Fall, dass es gegen die Gesetzgebung der EU verstößt.

### **Gewalt auf Malta: BirdLife-Aktive von erbosten Jagdfanatikern angegriffen**



Das Jagdverbot wurde offensichtlich deshalb von der Regierung verhängt, um die Ernennung von Vella als EU-Umweltkommissar zu decken und um Kritiker zu beruhigen

BirdLife Europa verurteilt aufs schärfste den untragbaren Gewaltakt am Wochenende auf Malta, bei dem Freiwillige von BirdLife Malta von einem Mob körperlich attackiert wurden. Dieser spaltete sich von einer Demonstration gegen die Entscheidung der Regierung Maltas zum Aussetzen der Jagdsaison ab. Diese Entscheidung, die nach einer Vielzahl von Wilderei-Zwischenfällen getroffen wurde, hat eine wütende Gegenreaktion von fanatischen Jägern ausgelöst. BirdLife appelliert an die Malteser Regierung, ihre Bemühungen zu erhöhen, um die Rechtsstaatlichkeit wieder herzustellen und um einen angemessenen Schutz für Freiwillige zu gewährleisten, die den Vogelzug studieren und illegale Aktivitäten überwachen.

Die jüngsten dramatischen Ereignisse in Malta bekräftigen die Zweifel von BirdLife an der Entscheidung des neuernannten Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, das Umwelt-Portfolio einem maltesischen Kommissar zu übertragen und ihn mit der „Überarbeitung“ der Vogelschutz-Richtlinie zu beauftragen. Der designierte Kommissar Vella wird die Abgeordneten davon überzeugen müssen, dass er seine neue Position nicht dazu benutzen wird, den Naturschutz in der EU zu schwächen.

Ariel Brunner, Leiter der EU-Politik bei BirdLife, kommentierte: „Wir haben diese Frage seit Vellas Ernennung durch Juncker thematisiert. Es ist nicht eine Sache gegen Malta oder die Malteser: der Punkt

ist, dass Juncker mit der Notwendigkeit zur Überarbeitung der europäischen Naturschutzgesetze falsch liegt. Hinzu kommt, dass er das Mandat an einen Politiker vergeben hat, der aus einer Regierung bzw. einem Land kommt, das gravierende Probleme im Umgang mit Wilderei und Verstößen gegen Naturschutzgesetze hat.

### **Um die Wachteln und die Turteltauben in Serbien zu schützen, ist dringend eine Gesetzesänderung erforderlich**



**Illegale elektronische Geräte zum Anlocken von Tauben**

So wie viele andere Vogelarten in Europa, sind die [Wachtel](#) und die [Turteltaube](#) Opfer einer verbreiteten Praxis, die die Vogelliebhaber mit Sorge beobachten: die unkontrollierte Jagd, auf die die Gesetzgebung anscheinend nicht streng genug reagiert.

In Serbien, wo man die Wachteln und die Turteltauben als Federwild betrachtet, sind diese Arten unmittelbare Opfer dieser allzu lockeren Gesetzgebung und die existenzbedrohende Jagd hat bei beiden Arten einen beängstigenden Rückgang verursacht. In ihren Bemühungen, diesen schrecklichen Auswirkungen entgegenzusteuern, hat die [Bird Protection and Study Society of Serbia](#) (BPSSS – BirdLife-Partner in Serbien) den verbreiteten Bedenken eine Stimme gegeben, indem sie für eine Gesetzesänderung eintritt. Unser Partner hat, mit starker Unterstützung anderer Naturschutzorganisationen, offiziell bei den serbischen Ministerien für Landwirtschaft und Umweltschutz darum ersucht, diese beiden Arten in die Liste der geschützten Vögel des Landes aufzunehmen und ihren Status als jagdbares Federwild aufzuheben. Leider stießen die

Bemühungen sowohl 2003 als auch 2012 auf taube Ohren.

Allerdings betrifft das Problem nicht nur die Wachtel und die Turteltaube, sondern in großem Umfang auch weitere Naturschutzthemen. Es geht um den massiven Einsatz elektronischer Hilfsmittel zur Anlockung der Vögel bis hin zum allgemeinen Fehlen eines ordentlichen Managements, was zum Raubbau an vielen Arten führt.

In ihren unermüdlichen Bemühungen zur Lösung dieses Problems haben sich die BPSSS-Unterstützer kürzlich mehrmals engagiert, um die Polizei und die Kontrolleure in verschiedenen Fällen illegaler Jagd zu unterstützen. Milan Ružić, BPSSS-Vizepräsident, sagte, dass dank einer überzeugenden öffentlichen Kampagne verstärkt über die Fälle illegaler Jagd in den serbischen Medien berichtet wird und dass die allgemeine Sensibilisierung der Gesellschaft zunimmt.

Sind diese Schritte ein Zeichen, dass sich allmählich etwas ändert, hin zu einem verbesserten Schutz der Populationen der Wachtel und der Turteltaube? Sicherlich. Trotz der Tatsache, dass noch ein weiter Weg zu gehen ist, haben wir die richtige Richtung eingeschlagen und hoffen, dass die Bemühungen der BirdLife-Partner für die Vögel und ihre Lebensräume bald Früchte tragen werden.

### **Irlands neues Programm zur ländlichen Entwicklung ist eine Rettung für Feldvögel**



Großartige Nachrichten für [BirdWatch Irland!](#) Anfang Juli erhielten die BirdLife-Partner auf der grünen Insel eine freudige Mitteilung von Simon Coveney, dem irischen Landwirtschaftsminister: Landwirte, die Maßnahmen zum Schutz von besonders bedrohten Feldvögeln umsetzen, werden einen vorrangigen Zugang zu erheblichen Mitteln im Rahmen von [Irlands neuem Programm zur ländlichen Entwicklung](#) bekommen.

Bei richtiger Umsetzung bietet dieses Programm die Aussicht auf einen gebremsten Rückgang und eine Wiederherstellung der Vogelpopulationen in Teilen ihres Verbreitungsgebietes. Irlands Biodiversität ist ernsthaft bedroht. Dies zeigt sich am Populationsrückgang vieler Feldvögel und dem Flächen- und Qualitätsverlust vieler naturnaher Habitats in Irlands Kulturlandschaften. Die Maßnahmen dieses Programms sind deshalb ein schöner Anreiz für Landwirte, einige Vorkehrungen für einen respektvolleren Umgang mit der Natur in ihrer täglichen Arbeit zu treffen.

Das neue Programm zur ländlichen Entwicklung, das im Zeitraum von 2014 bis 2020 läuft, wurde offiziell Anfang Juli von der Europäischen Kommission mit dem Ziel unterzeichnet, einen besseren Schutz für bedrohte Arten zu bieten. Hauptsächlich ging es dabei um den Schutz von Wachtelkönig, Rebhuhn, Kornweihe, Dohle und Watvögeln, wie Brachvogel, Kiebitz und Rotschenkel. Im Rahmen des Programms soll diesen Arten eine Priorität bei der Durchführung von Schutzmaßnahmen, die auch positive Auswirkungen auf das gesamte Ökosystem haben werden, zukommen.

In der Zwischenzeit wird BirdWatch die Arbeit mit nicht-staatlichen Umweltorganisationen und mit Beamten des Ministeriums für Landwirtschaft, Ernährung und Meer genauso fortführen, wie mit Nationalparks und dem „Wildlife Service“ des Ministeriums für Kunst, Denkmalpflege und Gaeltacht. Die Zusammenarbeit soll sicherstellen, dass die Programme zur ländlichen Entwicklung dem ländlichen Teil Irlands eine ökonomisch-, sozial- und ökologisch nachhaltige Zukunft bringen.

Für weitere Informationen kontaktieren Sie bitte [Dr. Alex Copland](#), Senior Umweltschutzbeauftragter bei BirdWatch Irland.

## **Zusammenarbeit mit Unternehmen**

### **Israels BirdLife Partner und Hanson arbeiten bei der Bekämpfung invasiver Pflanzen zusammen**



Römer, Barbaren, ... in der Geschichte der Menschheit gibt es zahllose Beispiele für Invasionen. Aber es gibt auch eine biologische Invasion. Wir nennen die Eindringlinge „Invasive gebietsfremde Arten“ (IFA) und sie werden nach dem Verlust von Lebensräumen als die zweitgrößte Bedrohung für die Biodiversität weltweit angesehen.

Invasive Arten sind Tiere oder Pflanzen, die beabsichtigt oder unbeabsichtigt in eine neue Umwelt eingebracht wurden. Aufgrund ihrer Anpassungsfähigkeit und Robustheit passen sie sich schnell an und haben einen Vorteil gegenüber einheimischen Arten. Nicht alle von ihnen sind gefährlich, aber einige können ernste ökologische, gesundheitliche und ökonomische Gefahren bergen.

In Israel setzten einige invasive Pflanzen (Neophyten) der Firma [Hanson Israel](#) (eine Tochtergesellschaft der HeidelbergCement Gruppe) hart zu. Sie wuchern an Steinbrüchen und Ruderalflächen und produzieren sehr viele Samen, die in die Abbauprodukte gelangen. Die Samen werden mit diesen Produkten versehentlich zu Baustellen im ganzen Land transportiert, wo sie sich weiter verbreiten und mit ihren Wurzeln Schäden an Straßen, Rohrleitungen und sonstiger Infrastruktur anrichten. Maßnahmen zur Behebung der Schäden sind für die Behörden und Baufirmen teuer.

Die Society for the Protection of Nature in Israel ([SPNI](#), BirdLife-Partner) wies die Firma Hanson auf diese Problemkette hin. Die beiden Organisationen riefen nun ein neues gemeinsames Projekt ins Leben: Die Förderung von „Neophyten-freien Steinbrüchen“ in Israel. Mit Hilfe dieses Projektes sollen Neophyten-freie Baustoffe die Norm werden. Eine systematische Kontrolle auf Neophyten wird dabei die Kosten gering halten, während die Natur gleichzeitig profitieren wird. Und Hanson Israel kann sich als Produzent „sauberer“ Baustoffe einen Namen machen.

Boris Barov, Partnerschaftskordinator für BirdLife Europa und HeidelbergCement, ist von dem Projekt begeistert: „Vorsorge ist besser als jede Nachsorge und ich denke dass der Fall von Hanson Israel und SPNI ein gutes Beispiel dafür ist, dass Maßnahmen zum Schutz der Artenvielfalt auch ein klares wirtschaftliches Argument darstellen.“

### BSPB kooperiert mit Energieversorgern, um tödliche Stromleitungen in Bulgarien zu sichern



Es war Mitte August, als die schöne Sommerstimmung für die Vogelliebhaber im bulgarischen Varna ein jähes Ende fand. Ungefähr 29 Störche wurden tot in dem Dorf Vaglen von Picknickern aufgefunden. Diese wollten an diesem Sonntagnachmittag eigentlich die Ruhe genießen, mussten sich dann aber den schrecklichen Anblick der Vögel ertragen, die aufgrund gefährlicher Strommasten den Tod fanden.

Tod durch Stromschlag von schlecht isolierten Strommasten ist eine der schwerwiegendsten Bedrohungen für Vögel weltweit. Sie betrifft nicht nur Weißstörche, sondern auch Greifvögel, darunter auch bedrohte Arten wie den [Östlichen Kaiseradler](#). Im Sakargebirge im Südosten Bulgariens, in dem zahlreiche Greifvögel vorkommen und das etwa die Hälfte der Population des Östlichen Kaiseradlers beheimatet, war zwischen 2009 und 2013 bei 67% der Vögel Stromschlag die Todesursache. Dies ging aus einer Studie hervor, bei der 25 juvenile Östliche Kaiseradler durch Satellitentelemetrie überwacht wurden.

Einige Vögel, z.B. Störche und Greifvögel, setzen sich gerne auf den höchsten Punkt von Bäumen, Gebäuden und Strommasten. Obwohl heutzutage sicherere Strommasten produziert werden, wurden die Masten des bulgarischen Elektrizitätsnetzes so entworfen, dass sie eine Gefahr für Vögel darstellen. Besonders fatal sind sie für Zugvögel wie den Weißstorch, der sich zu Hunderten und manchmal zu Tausenden in Bulgarien sammelt, um vor dem Hinflug nach oder dem Rückflug von Afrika zu rasten und die Nahrungsreserven aufzufüllen.

Um dieses Problem anzugehen, arbeitet die [BSPB \(BirdLife in Bulgarien\)](#) mit inländischen Energieversorgern zusammen. Gemeinsam mit [EVN Bulgarien](#) und [ENERGO-PRO](#) wurden über 1100 Isolationen angebracht, was hilft, Unfälle nicht nur beim Weißstorch sondern auch bei anderen gefährdeten Arten, wie Schmutzgeier und Östlichem Kaiseradler, zu vermeiden. Zusätzlich arbeitete die BSPB im Rahmen des [Save the Raptors](#) Projekts, für das sie dieses Jahr erstmalig den [Natura 2000 Conservation Award](#) erhielt, mit EVN Bulgarien zusammen. Es wurden 700 gefährliche Strommasten isoliert und durch Brutgebiete verlaufende Überlandleitungen wurden in den Boden verlegt. Die BSPB stellte die Isolationskappen zur Verfügung, während EVN Bulgarien die Montage übernahm.

Sehen Sie [hier](#) ein Video der Strommastsicherung.

Durch die Isolierungen konnte die Anzahl toter Störche und Greifvögel bereits um Tausende reduziert werden. Nebenbei begünstigt die Absicherung des Stromnetzes auch den Unternehmenssektor: Jedes Mal wenn ein Vogel mit einer Stromleitung kollidiert, wird das Material des Netzes in Mitleidenschaft gezogen und die Stromversorgung entlang der Leitung wird unterbrochen, was Unannehmlichkeiten für die Verbraucher zu Folge hat. Aus diesem Grund haben die Energiekonzerne entschieden, weiterzumachen. EVN einwickelte beispielsweise in Kooperation mit der BSPB ein Projekt, bei dem weitere 46 km Überlandleitungen in den Untergrund verlegt und dadurch ungefährlich werden sollen. Weiterhin sollen 2740 von der BSPB als gefährlich eingestufte Strommasten nachgerüstet werden.

Für weitere Informationen besuchen Sie [www.bspb.org](http://www.bspb.org)

### Auszeichnung "Good Practice of the Year" bei der Stromnetzentwicklung

Zum ersten Mal in diesem Jahr wird die Renewables-Grid-Initiative (RGI) die Auszeichnung "Good Practice of the Year" verleihen. Sowohl europäische, als auch

außereuropäische Übertragungsnetzbetreiber, Verteilnetzbetreiber, Projektentwickler und Nichtregierungsorganisationen, die sich in der Netzentwicklung engagieren, waren bis Ende September aufgerufen, ihre bewährten Verfahren für den Wettbewerb einzureichen. Die besten Methoden werden dann bei der 4. European Grid Conference am 27. Januar 2015 geehrt. Mit dem Preis sollen herausragende Verfahren bei der Stromnetzentwicklung ausgezeichnet werden. Diese sollen innovativ sein und vor allem eine Verbesserung der bestehenden Methoden bewirken - sei es im Umweltschutz, bei der Beteiligung von Interessengruppen oder bei anderen Themen, die heutzutage mit dem Netzausbau zusammenhängen. Mit "Good Practice of the Year" sollen nicht nur die vielen guten Ideen weiterverbreitet, sondern auch Ideen für zukünftige Handlungen und Innovationen gesammelt werden.

Wer wählt den Gewinner?

Eine unabhängige Expertenjury aus Netzausbau und Energiepolitikfeldern wird einen der eingereichten Vorschläge zum "Good Practice of the Year" ernennen.

Zusätzlich wird der Prozess von der internationalen Prüfungs- und Beratungsgesellschaft MAZARS begleitet.

## **Jobs**

Birdlife International Admin / Event-Intern

- Ort: Brüssel, Belgien
- 6 Monate bezahltes Praktikum

Als Praktikant werden Sie die Verwaltung und Veranstaltungs-Referate im Sekretariat von BirdLife Europa unterstützen. Wenn Sie interessiert sind, kontaktieren Sie bitte [Jessica Redaelli](#) für Bewerbungsinformationen.

## **Veranstaltungen**

**2. - 5. Oktober 2014:** [Portugal's Sagres Bird-watching Festival](#). Das 5. Sagres Vogelbeobachtungs-Festival wird in der südlichen portugiesischen Region Algarve stattfinden. Ein perfekter Ort, um das wunderschöne Phänomen des Vogelzuges in einer festlichen Atmosphäre zu erleben. Verpassen Sie es nicht!

**4. - 5. Oktober 2014:** EuroBirdwatch - BirdLife's größtes Vogelbeobachtungs-Event. Begleiten Sie uns, um die Schönheit der Vögel zu entdecken und den Zauber des Vogelzuges zu erleben!

**7. Oktober 2014:** EU-weite Vorstellung des Berichts "[Connecting Energy, Protecting Nature](#)" im EU-Parlament - Die Renewable Grid Initiative, Birdlife Europe und EEB präsentieren ihre Ideen, wie man die Natur durch Planung und Investition in eine kohlenstoffarme Gesellschaft schützen kann.

**23. Oktober 2014:** Der [2. BESTGRID Workshop](#) "Innovation durch Kooperation" wird in Berlin stattfinden. Dabei soll ein Resümee von fast 20 Monaten Zusammenarbeit von Netzbetreibern und Naturschutzorganisationen gezogen werden.



### Was gibt es sonst noch?



[Video](#) von Geiern an einer Futterstelle in den spanischen Pyrenäen.



[Neuer Dokumentarfilm](#) über den Klimawandel von Kelly Nyks & Jared P. Scott.

### **Jetzt die Vergiftung von Geiern stoppen!**



Ein Medikament, das 99 Prozent der Geier in Indien, Pakistan und Nepal getötet hat, wird nun in Europa verteilt.

Wir brauchen [Ihre Unterstützung](#), um dieses Medikament zu verbieten!

### **Kontakt**

**Sabine Wiedenhöft, Assistentin des Fachbereichs Naturschutz und Umweltpolitik**  
Tel. 030-284984-1600; E-Mail: [Sabine.Wiedenhoeft@NABU.de](mailto:Sabine.Wiedenhoeft@NABU.de)

**Impressum:** NABU-Bundesverband, Charitéstraße 3, 10117 Berlin, [www.NABU.de](http://www.NABU.de).  
**Übersetzung:** Eva Schubert, **Fotos:** Fotolia/view7, Dr. C. Moning, W. Rolfes, 04/2012